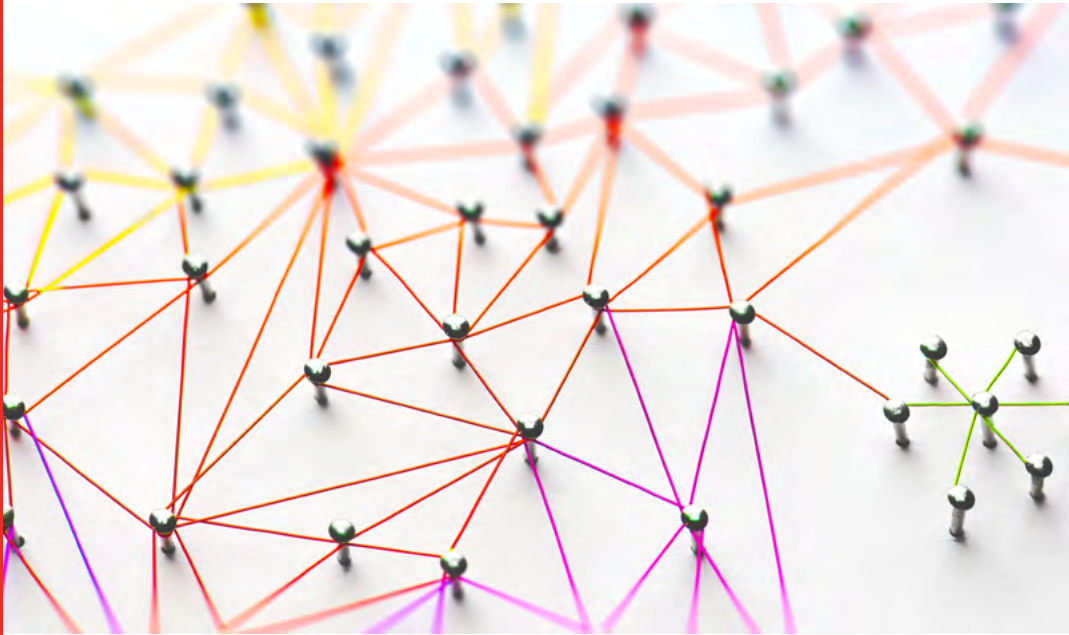




LAND
BRANDENBURG

Ministerium für Soziales,
Gesundheit, Integration
und Verbraucherschutz



20 Jahre Landesintegrationsbeirat Brandenburg



Geleitwort

Vor 20 Jahren, am 28. August 2002, fand die konstituierende Sitzung des Landesintegrationsbeirats statt. In den Jahren seiner Tätigkeit hat sich dieses Gremium einen festen Platz im Integrationsbereich des Landes Brandenburg erworben. Es ist das einzige Gremium, in dem landesweit Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung, der kommunalen Ebene, der Religionsgemeinschaften, der Liga der Freien Wohlfahrtspflege, der Gewerkschaften, der Arbeitgeber, der Migrantischen Organisationen und der Zivilgesellschaft gemeinsam an Fragen der Integration arbeiten und mit-

einander im Gespräch sind. Integration gelingt nur durch das Zusammenwirken vieler Akteurinnen und Akteure auf ganz unterschiedlichen Ebenen und mit ganz verschiedenen Zuständigkeiten. Der Landesintegrationsbeirat verkörpert ein solches Zusammenwirken auf die beste Weise.

Der Landesintegrationsbeirat hat viele Anstöße zur Integrationspolitik gegeben. Einen wichtigen Beitrag dazu haben im Laufe der Jahre die Arbeitsgruppen des Gremiums geleistet, die zwischen den Plenumsitzungen intensiv an immer wieder wechselnden und immer wieder neuen Fragestellungen, aber auch an einigen Dauerthemen der Integration gearbeitet haben. Die Empfehlungen und Berichte, die sie vorgelegt haben, sind von höchster fachlicher Kompetenz und großem Engagement gekennzeichnet.

In den letzten 20 Jahren haben die Mitgliedsorganisationen, die jeweiligen Mitglieder des Gremiums und zahlreiche Expertinnen und Experten aus dem gesamten Themenfeld der Integration zum Erfolg des Gremiums und seiner Arbeitsgruppen beigetragen. Ihnen allen gilt mein ganz besonderer Dank. Ohne die Bereitschaft,



ihre Zeit und ihre Energie diesem integrationspolitischen Gremium zur Verfügung zu stellen und sich in diese Arbeit aktiv einzubringen, wäre der Landesintegrationsbeirat nicht das, was er jetzt ist und hätte nicht so viel in Gang setzen können.

Das 20-jährige Jubiläum ist mir persönlich und dem Landesintegrationsbeirat mit allen Arbeitsgruppen eine Verpflichtung, genauso engagiert weiterzuarbeiten, damit die Integration der im Land Brandenburg lebenden Menschen mit Migrationsgeschichte positiv gestaltet werden kann.

Michael Ranft

Staatssekretär

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz



Geschichte des Landesintegrationsbeirats (LIB)

Ein kurzer Ausflug in die Geschichte des LIB anlässlich seines Jubiläums zeigt die verschiedenen Stadien der Entwicklung dieses Gremiums auf.

Ausgangspunkt für die Entstehung des LIB war die „Konzeption der Landesregierung zur Integration bleibeberechtigter Zuwanderer im Land Brandenburg“ aus dem Jahr 2002. Die Konzeption wurde am 23. Mai 2002 vom Kabinett zustimmend zur Kenntnis genommen. Sie führt unter Punkt 2.3 – Entwicklung landesweiter Netzwerkstrukturen aus:

„Von entscheidender Wirkung dürfte es sein, darüber hinaus die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten – Ministerien, Verbänden und anderen Trägern – auch auf Landesebene in eine Gremienstruktur zu fassen und so auch hier zu einer vernetzten Arbeit etwa durch einen Integrationsbeirat zu kommen. Ein solcher Beirat „Integration“ sollte auch die Umsetzung des Landesintegrationskonzepts begleiten.“

Die konstituierende Sitzung des Landesintegrationsbeirats, so die Bezeichnung in der Einladung, fand am Mittwoch, dem 28. August 2002 statt. Die Vorsitzende des Gremiums, die damalige Staatssekretärin Angelika Thiel-Vigh, bezeichnete die Erwartungen der Landesregierung an den LIB mit der Beratung und Unterstützung der Landesregierung bei der Umsetzung des Landesintegrationskonzepts sowie der Kontrolle dieser Umsetzung. Um dies zu gewährleisten, wurden acht Arbeitsgruppen ins Leben gerufen, die sich an den Schwerpunkten des Landesintegrationskonzepts (LIK) orientierten. In diesen Arbeitsgruppen sollten zwischen den Sitzungen des LIB Mitglieder des Gremiums sowie Expertinnen und Experten von außen an den Fragestellungen arbeiten. Zudem wurde eine Koordinierungsgruppe gegründet, die die Ergebnisse der Arbeitsgruppen gebündelt an den Beirat weitergegeben hat. Die Mitglieder der Koordinierungsgruppe wurden vom LIB festgelegt.



Der LIB und seine Arbeitsgruppen spielten eine wichtige Rolle bei der Erarbeitung der ersten Fortschreibung des LIK aus dem Jahr 2005. In der Vorbemerkung heißt es dazu:

„So haben letztlich in 7 Arbeitsgruppen und einer Koordinierungsgruppe mehr als 80 Menschen ein Jahr lang intensiv an Vorschlägen für den Beirat gearbeitet, auf deren Basis dieser Empfehlungen an die Landesregierung beschlossen hat. [...] Die Empfehlungen wurden von der Landesregierung geprüft, teilweise bereits umgesetzt und sind in den hier vorgelegten Entwurf einer Fortschreibung der Konzeption eingeflossen.“

Von Beginn an waren sowohl die für Integrationsfragen zuständigen Ressorts als auch Integrationsakteure des Landes Mitglied im LIB. Den ursprünglichen Mitgliedern wurden im Lauf der Jahre weitere hinzugefügt – andere Ressorts, Migrantische Organisationen, Vereine und kommunale Mitglieder. Seit Mai 2003 nimmt das für Integration zuständige Ressort aus Berlin an den Sitzungen als Gast teil.

2017 wurde im Rahmen einer Strukturreform des Gremiums eine Geschäftsordnung verabschiedet und 32 Mitgliedsorganisationen festgelegt. Erstmals wurden die muslimischen Gemeinschaften mit einer Vertretung aufgenommen sowie die Flüchtlingsselfthilfeorganisation Refugees Emancipation und die Opferperspektive. Die Vertretung der verschiedenen migrantischen Communities wurde von diesen selbst entschieden.

Der LIB hat im Laufe der Zeit zahlreiche fachlich fundierte und thematisch breit gefächerte Empfehlungen verabschiedet. Staatssekretärin Thiel-Vigh hob auf der ersten Sitzung hervor: „Das Gremium Beirat selbst ist als Begleitgremium, nicht als Entscheidungsgremium zu verstehen. Die Empfehlungen des Beirats werden von der Landesregierung in Entscheidungsfindungen sehr ernst genommen, können jedoch nicht die Entscheidungen selbst vorwegnehmen.“ Auf Anregung des LIB wurde 2008 erstmals der Landesintegrationspreis verliehen, der seitdem jährlich vergeben wird.



Die Aufgabenbeschreibung des LIB, die im Bericht der Ausländerbeauftragten Al-muth Berger „Annäherungen“ aus dem Jahr 2006 formuliert ist, bestimmt auch heute noch seine Arbeit:

„Er dient der Vernetzung und Koordinierung der an der Integra-tion beteiligten Akteure auf Landesebene und soll die Landes-regierung in allen Fragen der Zuwanderung und Integration, insbesondere bei der Umsetzung des Landesintegrationskon-zepts, beraten und unterstützen.“

Gerade für die Vernetzung der Akteure und die Verbindung zwischen Exekutive und Zivilgesellschaft hat sich das Gremium als unverzichtbar erwiesen und ist im Integrationsbereich in dieser Art in Brandenburg einzigartig. In den Arbeitsgruppen wird mit großer Fachkompetenz und viel Engagement an ganz unterschiedlichen Fragestellungen gearbeitet. Aus der Integrationspolitik des Landes Brandenburg ist der Landesintegrationsbeirat nicht mehr wegzudenken.



Stimmen aus der Anfangszeit des LIB

Angelika Thiel-Vigh, damals Staatssekretärin und Vorsitzende des LIB

Vor 20 Jahren haben wir den Landesintegrationsbeirat mit dem Ziel gegründet, die Integration im Land Brandenburg in enger Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft gemeinsam auf den Weg zu bringen. Als erste Vorsitzende des Landesintegrationsbeirates war es mir bereits damals eines der wichtigsten Anliegen, dass die Communities – also die Menschen, die es auch tatsächlich betrifft – gehört und beteiligt werden. Nach meinem Dafürhalten – und diese Auffassung habe ich schon damals vertreten – sollten wir nicht meinen, als Anwälte für Menschen mit Migrationsgeschichte aufzutreten oder gar zu glauben, wir wüssten besser, wie es den Menschen, die zu uns kommen, geht, was sie benötigen und welche Unterstützung ihnen am besten zugutekommt. Vielmehr sollten wir den Menschen genau zuhören, ihre Vorstellungen und Bedürfnisse ernst nehmen und sie weniger paternalistisch behandeln.

Gute und gelingende Integration bedeutet für mich ein Austausch auf Augenhöhe mit den zu uns gekommenen Menschen, eine enge Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft und nicht zuletzt, dass Integration eine Querschnittsaufgabe ist.

Almuth Berger,

Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg von 1991–2006

Es war ein langer Prozess in Deutschland, dass die jahrzehntelang gebetsmühlenartig wiederholte Maxime „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ endlich durchbrochen und die in der Realität längst erfolgte Tatsache der Einwanderung anerkannt wurde. Mit dem Bericht der „Unabhängigen Kommission Zuwanderung“ 2001 wurde eine Tür geöffnet zur positiven Wertung und zur gesellschaftlichen und politischen Gestaltung von Einwanderung und dem Zusammenleben mit Menschen unterschiedlicher Herkunft. Brandenburg hat diese Chance sehr schnell gesehen und genutzt. In Erinnerung daran, dass Brandenburgs Geschichte ohne die prägenden Einflüsse von niederländischen, französischen, russischen, italienischen und anderen Einwanderern gar nicht denkbar wäre, sollte Integration zur Landessache werden. Eine Konzeption wurde erarbeitet, verantwortliche Frauen



und Männer aus Politik und Wirtschaft, Gesellschaft und Religionsgemeinschaften sollten bei der Umsetzung mitarbeiten – der „Landesintegrationsbeirat“ wurde gegründet. Solch ein Gremium kann gut und hilfreich sein. Wichtig ist aber vor allem, dass Integration ein Anliegen nicht nur einiger Gruppen und ihrer Vertreterinnen und Vertreter sein darf, sondern wirklich von großen Teilen der Bevölkerung unterstützt und mitgetragen wird. Und das bleibt auch nach 20 Jahren immer noch eine Aufgabe.

Marieta Böttger, damals Integrationsbeauftragte des Landkreises Barnim und Vertreterin der kommunalen Integrationsbeauftragten

Zuerst gab es die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Ausländerbeauftragten. Das war für uns „Einzelkämpferinnen und Einzelkämpfer“ eine wichtige Errungenschaft. Neben vielem anderen forderten wir als LAG landesweit einheitliche Regelungen und Vorgaben. Es entstand das erste Landesintegrationskonzept auf Anregung und in Zusammenarbeit der Beauftragten.

1997 gab es mit dem Landesaufnahmegesetz endlich eine Grundlage, in deren Folge die Beratungsstrukturen in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten stabilisiert und professionalisiert wurden. Damit war ein wohl einmaliger Qualifizierungskraftakt verbunden. Dies alles zu bündeln und in den gesamtgesellschaftlichen Rahmen einzufügen, wurde eine wichtige Aufgabe. Im Landesintegrationsbeirat versammelt sich ein breites Spektrum von Akteuren aus der Praxis, aus der Landesverwaltung und der kommunalen Ebene sowie weiterer relevanter Institutionen, was die Bedeutung des Themas belegt. Und ganz wichtig: Die Betroffenen vertreten sich selbst.

Dr. Wolfgang Bautz, damals Leiter des Trägers „Entwicklung kommunaler Integrationsstrukturen – EKIS“, später „Fachdienst Zuwanderung, Integration und Toleranz (FaZIT)“

Als der Landesintegrationsbeirat gegründet wurde, blickte das Land Brandenburg auf etwas mehr als ein Jahrzehnt Zuwanderung und Integrationsarbeit zurück. Nicht alles und nicht überall stand es zum Besten. Aber es gab auch in einigen Kommunen positive Erfahrungen und vor allem Ideen, was verändert werden sollte und wie dabei vorzugehen wäre. Unter den Gründungsmitgliedern, aber be-



sonders bei den Akteuren der Integrationsarbeit in den Kommunen bestanden daher von Beginn an große Erwartungen an dieses Gremium. Viele verbanden mit der Gründung und späteren Arbeit des Beirates eine handfeste Orientierung für die praktische Arbeit und, was nicht zu unterschätzen ist, der Beirat bot häufig Bezugspunkte und Argumente für das Ringen um zukunftsweisende, an den Bedürfnissen der Zugewanderten orientierte Integrationsarbeit vor Ort.

Hanns Thomä, damals Vertreter der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz

Dem LIB gehörte ich von seiner Gründung bis 2014 an und habe dort die Migrationsarbeit der Evangelischen Landeskirche vertreten. Der Vorteil dieses Gremiums, viele mit Migrationsfragen befasste Seiten an einen Tisch zu bringen, war gleichzeitig auch ein Nachteil. Der LIB bot einerseits die Gelegenheit, Interessen, Denkweisen und Argumente der verschiedenen Seiten und ihre Vertreterinnen und Vertreter kennen zu lernen. Gleichzeitig war es schwierig, angesichts der begrenzten Zeit, der Vielzahl der Themen und der Gegensätzlichkeit von Positionen zu konkreten Ergebnissen zu kommen. Da hätte ich mir durchaus mehr gewünscht.

Susanne Weller, damals Vertreterin der Liga der Freien Wohlfahrtspflege

Als Vertreterin der LIGA der freien Wohlfahrtspflege arbeitete ich ab August 2002 im neu gegründeten Landesintegrationsbeirat mit. Erstmals gab es ein Gremium auf Landesebene, das die Expertise und Perspektiven der beteiligten Ministerien, von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Vertreterinnen/Vertretern der kommunalen Ebene im Bereich Integration zusammenführte und durch die Leitung auf Staatssekretärs-Ebene die Kommunikation der Ergebnisse in die Landesregierung sicherstellte.

Auftrag war vor allem die Begleitung der Umsetzung und Weiterentwicklung des Landesintegrationskonzepts vom Mai 2002. Geringe Zuwanderungszahlen, eine hohe Fluktuation und zum Teil große Vorbehalte in der Bevölkerung prägten die damalige Ausgangslage. Daher standen die Verbesserung der Integrationsbedingungen sowie der Aufnahmebereitschaft der Gesellschaft im Vordergrund. In den Arbeitsgruppen des LIB entstanden in intensiver Zusammenarbeit richtungswei-



sende Rahmenkonzepte und Handlungsempfehlungen, (z. B. Rahmenkonzeption Migrationsfachdienste in Brandenburg, Positionspapier zur Interkulturellen Öffnung sozialer Dienste und Einrichtungen). Auch eine stärkere Berücksichtigung von Geflüchteten in der Fortschreibung des Landesintegrationskonzepts 2005 wurde erreicht.

Heute zeigen die aktuellen Herausforderungen der Flüchtlingsaufnahme und des immer drängenderen Fachkräftemangels deutlich: Zuwanderung ist bleibende gesellschaftliche Realität, Chance und Gestaltungsaufgabe. Dabei gilt es mehr denn je, Teilhabe und Partizipation der zugewanderten Menschen „auf Augenhöhe“ zu stärken, einen konstruktiven Umgang mit Vielfalt und gesellschaftliche Inklusion zu fördern. Der Landesintegrationsbeirat kann dazu auch zukünftig einen wertvollen Beitrag leisten.

Hai Bluhm, Frauenclub Viet Hong

Ich bin 1975 aus Vietnam in die DDR zum Studieren gekommen und lebe seit 1999 in Potsdam. Ich freue mich, dass ich bereits 2003 zum ersten Mal in den Landesintegrationsbeirat berufen wurde und diesem auch über so viele Jahre hinweg noch angehöre. Für mich ist diese Arbeit besonders wichtig, um über die verschiedenen Belange, Herausforderungen und Möglichkeiten für die Integrationsarbeit informiert zu bleiben und darüber zu diskutieren. Ich kann die Informationen an die vietnamesischen Migrantinnen und Migranten weitertragen und so für mehr Verständnis sorgen. Ich bin sehr froh darüber, dass dank des Austauschs und der Arbeit im Beirat auf Landesebene viele Fortschritte im Bereich der interkulturellen Kompetenz und Sensibilität innerhalb der Behörden und der Gesellschaft in Brandenburg gemacht wurden. Ich freue mich natürlich, wenn wir weiter gemeinsam an der Vielfalt und dem gegenseitigen Verständnis beim Thema Integration arbeiten.



Aufgaben und Organisation

Der Landesintegrationsbeirat ist jeweils beim für Integration zuständigen Ministerium der Landesregierung angesiedelt, derzeit beim Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz. Um seine Beratungsfunktion erfüllen zu können, diskutiert er unterschiedliche Fragestellungen in ihrer ganzen Bandbreite. Dazu werden auch externe Expertinnen und Experten angehört. Durch das Zusammenspiel von Zivilgesellschaft und Landesregierung können Schwerpunktthemen der Migration und Integration identifiziert und aus den unterschiedlichsten Perspektiven beleuchtet werden. Der Landesintegrationsbeirat kann Berichte, Stellungnahmen und Empfehlungen abgeben.

Den Vorsitz des Landesintegrationsbeirats hat die Staatssekretärin bzw. der Staatssekretär des für Integration zuständigen Ressorts der Landesregierung Brandenburg inne. Derzeit amtiert Staatssekretär Michael Ranft, Staatssekretär im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz, als Vorsitzender des Gremiums. Stellvertretende Vorsitzende ist die bzw. der Landesintegrationsbeauftragte, zurzeit Dr. Doris Lemmermeier.

Der Landesintegrationsbeirat tagt in der Regel zweimal pro Jahr. Bei Bedarf kann auch eine außerordentliche Sitzung anberaumt werden. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Vorbereitet werden sie von einer Koordinierungsgruppe, der fünf gewählte Mitglieder aus dem Kreis des Landesintegrationsbeirats sowie die Landesintegrationsbeauftragte angehören. Bei der Landesintegrationsbeauftragten ist auch die Geschäftsstelle des Gremiums angesiedelt.

Arbeitsgruppen des LIB

Zur Vertiefung bestimmter Fragestellungen oder Themen hat der LIB von Beginn seiner Tätigkeit an bis heute Arbeitsgruppen eingerichtet, die zwischen den beiden jährlichen Sitzungen des Gesamtgremiums fortlaufend daran gearbeitet haben bzw. arbeiten. Zunächst waren dies die Themen des Landesintegrationskonzepts, im weiteren Verlauf traten davon unabhängig neue Themen und Schwerpunkte hinzu. Die Arbeitsgruppen werden vom LIB eingesetzt und berichten diesem. Der



LIB entscheidet im Einvernehmen mit den Vorschlägen der Arbeitsgruppen über die Dauer ihrer jeweiligen Tätigkeit.

In den Arbeitsgruppen (AGs) sind Mitglieder des LIB sowie Expertinnen und Experten von außen aktiv. Geleitet werden sie von Mitgliedern der AGs, besonders ist hier das Engagement der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA Brandenburg) hervorzuheben. Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Integrationsbeauftragten ist mit verschiedenen Beauftragten in allen AGs vertreten, ebenso die Liga der Freien Wohlfahrtspflege. Aus der Zivilgesellschaft im Bereich Integration sind besonders die RAA Brandenburg, der Flüchtlingsrat, die Gesellschaft für Inklusion und soziale Arbeit (ISA) e. V., die Brandenburgische Sportjugend sowie Refugees Emancipation zu nennen. Auch das zuständige Fachreferat des Ministeriums ist in mehreren AGs engagiert.

Derzeit sind sechs Arbeitsgruppen und zwei Unterarbeitsgruppen tätig:

- Bildung und Erziehung
- Empowerment und Anti-Rassismus
- Flucht und Asyl
 - Unterarbeitsgruppe geflüchtete Menschen mit Behinderung
 - Unterarbeitsgruppe afrikanische Schutzsuchende mit ungesichertem Aufenthalt
- Frauen und Integration
- Integration im Flächenland Brandenburg
- Migration und Gesundheit

Die Arbeitsgruppen erarbeiten Berichte, Stellungnahmen oder Empfehlungen. Diese werden auf den Sitzungen des Landesintegrationsbeirats besprochen und ggf. beschlossen. Auch Publikationen werden erarbeitet.



AG Bildung und Erziehung des LIB

Aufgabe der AG Bildung und Erziehung ist die Bearbeitung von Fragen, die sich in den Bereichen vorschulischer und schulischer Bildung und Erziehung für eine gute Integration von Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungs- bzw. Fluchtgeschichte im Land Brandenburg stellen.

In der AG wirken regelmäßig acht Beteiligte mit, darunter Vertreterinnen und Vertreter des Bildungs- und Jugendministeriums, des Europaministeriums, von kommunalen Integrationsbeauftragten sowie Migrantischen Organisationen und weiteren Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft. Sie trifft sich vierteljährlich.

Die AG hat in der Vergangenheit eine ausführliche Stellungnahme zur Bedeutung der kommunalen Netzwerkarbeit für die Bildungsintegration vorgelegt. In diesem Zusammenhang hat sie auch Projektansätze und -ergebnisse lokaler Träger kennengelernt und diskutiert. Aktuell beschäftigt sie sich mit der Frage, welche Folgen sich aus dem erwarteten „Chancenaufenthaltsrecht“ der Bundesregierung für die Integration in Schule und Ausbildung für geduldete Geflüchtete in Brandenburg ergeben.

AG Flucht und Asyl

Die AG trifft sich fünfmal jährlich – digital oder in Präsenz. Zeitweise arbeiten zusätzlich kleinere Gruppen an aktuellen Themen. Mitglieder sind Vertreterinnen und Vertreter ganz unterschiedlicher Organisationen der Zivilgesellschaft, der Wohlfahrtsverbände und von Migrantischen Organisationen, die am Thema Flucht und Asyl arbeiten.

Die Aufgabe der AG besteht darin, die Landesregierung mit der Expertise der Mitglieder zu beraten in Bezug auf die Betreuung, Unterbringung, Beratung, Begleitung sowie die Umsetzung integrationsunterstützender Maßnahmen von und für geflüchtete Menschen in Brandenburg. Durch den LIB wurde die AG Flucht und Asyl beauftragt, sich tiefgreifend mit Themen wie der Bleibeperspektive jugendlicher Geflüchteter, mit der Unterbringung bzw. den Wohnbedingungen Geflüchteter und dem Familiennachzug auseinanderzusetzen. Dazu wurden in den letzten Jahren mehrere Empfehlungen erarbeitet. Die Empfehlungen sollen durch



die Umsetzung vor Ort in den Landkreisen die Situation Geflüchteter verbessern helfen.

Des Weiteren ist es ein Ziel der AG anzuregen, dass Ermessensspielräume, Unterbringungsbedingungen und begleitende Maßnahmen für die Geflüchteten in allen Regionen Brandenburgs ähnlich sind und eine Orientierung der Landkreise an integrationsfördernden, positiven Herangehensweisen und Strategien stattfindet. Aktuelle politische Herausforderungen und Fluchtbewegungen werden von der AG umgehend in den Fokus genommen.

Die AG hat zwei Unter-AGs gebildet, um die vielschichtigen Problemlagen intensiver bearbeiten zu können.

UAG Geflüchtete mit Behinderungen

Sie wurde zu Beginn des Jahres 2021 gegründet, um die Lebenssituationen und Bedarfslagen von Menschen mit Fluchtgeschichte und Behinderungen in Brandenburg in den Blick zu nehmen und Maßnahmen zur Verbesserung zu erarbeiten. Der Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenhüttenstadt wurde eine Matching-Tabelle mit einer Übersicht der regionalen Unterstützungsmöglichkeiten für jeweils spezifische Behinderungen übergeben, die eine bedarfsgerechte Verteilungsentcheidung ermöglicht. In Vorbereitung ist eine mehrsprachige Information Geflüchteter mit Behinderungen über ihre Rechte und die Möglichkeiten in Deutschland, da dies für sie häufig unbekannt ist.

UAG Afrikanische Geflüchtete mit ungesichertem Aufenthalt

Diese UAG nimmt die aktuelle Situation Geflüchteter aus afrikanischen Ländern in Brandenburg in den Blick. Diese Gruppe von Geflüchteten lebt häufig in besonders schwierigen Umständen. Sehr lange Verweildauern in Gemeinschaftsunterkünften, geringer bzw. erschwelter Zugang zu integrationsfördernden Maßnahmen, fehlende Anbindung an Beratungsstrukturen sowie rassistische Anfeindungen im Alltag erschweren das Leben afrikanischer Schutzsuchender mit ungesichertem Aufenthalt in Brandenburger Kommunen sehr. Da zu wenig Informationen über die genaue Sachlage vorliegen, wird zunächst eine Studie erarbeitet. Ziel ist, durch Peer-to-Peer-Interviews die aktuelle Situation zu erfassen und auszuwerten, um



relevante Empfehlungen zu erarbeiten. Entstehen soll außerdem eine Handlungsempfehlung für Verwaltungen in Bezug auf die schwierigen Bedingungen dieser Gruppe im Kontext von Diskriminierung, Rassismus im Alltag und unsicherer Bleibeperspektive.

AG Frauen und Integration

Diese Arbeitsgruppe war ursprünglich als Unterarbeitsgruppe der AG Flucht und Asyl von der Landesintegrationsbeauftragten gemeinsam mit der Landesgleichstellungsbeauftragten ins Leben gerufen worden. Aus dieser UAG geflüchtete Frauen in Brandenburg wurde im Lauf der Zeit die AG Frauen und Integration, da nicht nur geflüchtete Frauen, sondern alle Frauen mit Migrationsgeschichte in den Blick genommen werden sollten. Frauen nehmen im Integrationsprozess gerade von Familien eine zentrale Rolle ein und sie haben andere Bedürfnisse und Rahmenbedingungen als Männer. Die Gruppe setzt sich aus Mitgliedern zusammen, die in ganz unterschiedlichen Bereichen tätig sind wie in der Frauen- bzw. Familienberatung und in der Unterstützung von Geflüchteten sowie von Menschen mit Migrationsgeschichte.

Die AG hat eine Broschüre zum „Gewaltschutz für Frauen in Flüchtlingsunterkünften“ publiziert und die erste landesweite Konferenz von geflüchteten Frauen unter dem Motto „Unsere Stimme zählt!“ durchgeführt, die am 1. Dezember 2018 in der Staatskanzlei stattfand und in drei Sprachen gedolmetscht wurde. Die verabschiedete Resolution wurde der Präsidentin des Brandenburger Landtags übergeben.

Auf den letzten Sitzungen wurden die Auswirkungen der Pandemie besprochen, die diese Zielgruppe stark betreffen. Weitere Themen waren Geburtsurkunden von Kindern ausländischer Eltern, besonders in Bezug auf die unterschiedliche Ausstellungsdauer und -praxis in den Landkreisen und kreisfreien Städten in Brandenburg und in Berlin sowie die Situation von ukrainischen Frauen, vor allem unter dem Aspekt, wie sie erreicht werden können, um besser informiert und beraten zu werden. Die Lebensumstände von Frauen und Müttern mit ihren Kindern in Gemeinschaftsunterkünften ist eines der weiterhin in den Blick genommenen Themen.



AG Integration im Flächenland Brandenburg

Die AG besteht seit 2015. Ihre Aufgabe ist es, bei der Begleitung der Integrationspolitik des Landes durch den LIB die Aufmerksamkeit auf die Unterschiedlichkeit der lokalen Rahmenbedingungen zu lenken und die Differenzen zwischen Ballungszentren, metropolnahen und ländlichen Räumen zu beschreiben. In der AG wirken regelmäßig 15 Beteiligte mit, darunter Ministerien, Migrantische Organisationen, kommunale Integrationsbeauftragte sowie Wohlfahrts- und Dachverbände der Zivilgesellschaft. Die AG trifft sich vierteljährlich.

Die AG erarbeitete bis 2017 eine Grundlagenbroschüre zum Thema Integration im ländlichen Raum Brandenburgs. 2018/19 begleitete sie die Arbeit der Enquete-kommission des Landes zur Zukunft des ländlichen Raumes. Seit 2020 arbeitet die AG intensiv zur Lage der Migrantischen Organisationen im Land. Dazu wurde ein Bericht erarbeitet, den der LIB 2021 angenommen hat. Parallel berät die AG regelmäßig über aktuelle Fragen der Migrationspolitik, der demografischen Entwicklung und der Förderpolitik im Land.

AG Gesundheit und Migration

Nach mehrjähriger Pause tagte im Juli 2022 die AG Gesundheit und Migration wieder. Von vielen Seiten war der Wunsch geäußert worden, dieses Thema erneut in den Fokus zu nehmen.

Gesundheit ist ein Menschenrecht. Die AG „Gesundheit und Migration“ möchte einen Beitrag dazu leisten, dass auch Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte gleiche Teilhabechancen in diesem Lebensbereich haben. Die digitale Auftaktsitzung widmete sich neben dem gegenseitigen Kennenlernen auch dem ersten Austausch über bestehende Bedarfe. Besonders in den Blick genommen wird in den nächsten Sitzungen die psychosoziale Versorgung von Geflüchteten in Brandenburg.



Mitgliedsorganisationen und Mitglieder



Dem Landesintegrationsbeirat gehören 32 Mitgliedsorganisationen aus dem ganzen Land Brandenburg an. Sie setzen sich aus allen für die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte relevanten Ministerien, Verbänden, Kirchen sowie Religionsgemeinschaften, Migrantischen Organisationen und anderen gesellschaftlichen Gruppen zusammen. Die Mitgliedsorganisationen benennen für eine Amtszeit von drei Jahren jeweils eine Vertreterin/einen Vertreter sowie eine Stellvertreterin/einen Stellvertreter als persönliche Mitglieder des Landesintegrationsbeirats. Bei den Mitgliedern wird eine geschlechterparitätische Besetzung angestrebt. Ständiger Gast im Landesintegrationsbeirat ist das für Integration zuständige Mitglied der Senatsverwaltung Berlin.



Vorsitz

Vorsitzender: Staatssekretär im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz

Stellvertretende Vorsitzende: Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg

Ministerien

Ministerium der Finanzen und für Europa

Referat 52 (Außenbeziehungen)

Ministerium des Innern und für Kommunales

Referat 21 (Ausländer- und Asylrecht, Staatsangehörigkeitsrecht, Fachaufsicht
Zentrale Ausländerbehörde, Koordinierungsstelle Asyl)

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz

Referat 25 (Zuwanderung, Integration)

Referat 41 (Grundsatzfragen der Gesundheitspolitik, Gesundheitsziele, Gesundheitsberichterstattung, Psychiatrie)

Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung

Referat 20 (Grundsatzangelegenheiten, Stadtentwicklung, Wohnen)

Ministerium für Jugend, Bildung und Sport

Referat 23 (Qualitätsentwicklung und –monitoring in der Kindertagesbetreuung, sozialpädagogische Berufe der Kinder- und Jugendhilfe, Praxisunterstützung Kita, Landeskitaplan)

Referat 33 (Weiterführende allgemein bildende Schulen, Zweiter Bildungsweg)

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz

Referat 11 (Zentrale Rechtsangelegenheiten)

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie

Referat 52 (Arbeitsförderung, Fachkräfte)

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Grundsatzangelegenheiten der Kultur, kulturelle Bildung und Kulturwirtschaft

Staatskanzlei des Landes Brandenburg,

Tolerantes Brandenburg/Bündnis für Brandenburg



Mitglieder aus Migrantischen Organisationen/Nichtregierungsorganisationen

Aktionsbündnis gegen Gewalt und Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
Brandenburg
Flüchtlingsrat Brandenburg
Frauenclub Viet Hong e. V.
Gesellschaft für Inklusion und soziale Arbeit (ISA e. V.)
Kontakt Eberswalde e. V.
Landesjugendring Brandenburg e. V.
Landessportbund Brandenburg
Migrations- und Integrationsrat Land Brandenburg e. V.
Opferperspektive e. V.
Pawlo-Germany e. V. (Vertretung Cagintua e. V.)
Refugees Emancipation e. V.
Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie
Seniorenrat des Landes Brandenburg

Mitglieder der kommunalen Ebene

Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Integrationsbeauftragten
Städte- und Gemeindebund Brandenburg
Stadt Cottbus, Fachbereich Soziales

Vertreterinnen und Vertreter von Kirchen und Religionsgemeinschaften

Erzbistum Berlin
Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz
Landesverband der Jüdischen Gemeinden Land Brandenburg
Muslimische Gemeinschaften Brandenburg, Haus der Kultur und Weisheit Senftenberg e. V.

Mitglieder aus Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege Brandenburg

LIGA der freien Wohlfahrtspflege im Land Brandenburg:
Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Diakonie

Mitglieder aus Vereinigungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern

Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. V.
Deutscher Gewerkschaftsbund Region Mark Brandenburg

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Henning-von-Tresckow-Straße 2–13
14467 Potsdam

<https://msgiv.brandenburg.de>

Layout & Gestaltung: vantronye – visuelle kommunikation

Bilder: shutterstock, Johanna Bergmann

Druck: Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg

Auflage: 2000 Stück

November 2022